Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 2.—, Halbjährig Mk. 4.—, Ganzj. Mk. 8.—. Einzelnummer 20 Pf. — Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 60 Pf. — Bei Wiederhol. Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüd. Echo“, München, Herzog Maxstr. 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Ausgabe A | Nr. 9 / 27. Febr. 1920 | 7. Jahrgang

1920 Wochenkalender 5680

	Februar	Adar	Bemerkung
Sonntag	29	10	
Montag	März 1	11	
Dienstag	2	12	
Mittwoch	3	13	תענית אסתר
Donnerstag	4	14	פורים
Freitag	5	15	
Samstag	6	16	

Das Jüdische Echo

Nummer 9 | 27. Februar 1920 | 7. Jahrgang

Die Gerechtigkeit auf dem Marsche

Die Fortschritte der Gerechtigkeit auf Erden ähneln denen der Teilnehmer an der bekannten Echternacher Springprozession: immer zwei Schritt nach vorn und gleich mehrere rückwärts. Aber da ja die Pilger von Echternach nach so vielen Kreuz- und Quersprüngen und anderen Mühseligkeiten doch einmal das ersehnte, wundertätige Heiligenbild erreichen, so brauchen auch wir die Hoffnung nicht aufzugeben, daß irgendwann einmal das viel wunderbarere Ziel alles echten Menschlichkeitsstrebens, Gerechtigkeit für alle und in aller Welt, erreicht werden wird. —

Man spricht und predigt ja genug darüber. Es ist in den letzten Jahren eine liebe Gewohnheit der „Staatslenker" und Parteileute geworden, sich besonders inniger Beziehungen zur „Gerechtigkeit" zu rühmen und aus diesem Verhältnis für sich und die Ihren allerlei Rechte und Vorteile abzuleiten; aber es scheint, daß die kleine Vorsilbe „selbst" dabei unterschlagen wird und die echte Gerechtigkeit ein wenig zu kurz kommt. Immerhin — ein kleiner Schritt vorwärts ist getan. Sieger und Besiegte sind darüber einig, daß die wirklichen Verbrecher des Krieges abgeurteilt und bestraft werden sollen, und es ist zu begrüßen, daß die Gerichte, vor denen sie sich werden verantworten müssen, nicht Richter, Ankläger und Henker in einem vereinigen dürfen. Das Reichsgericht hat, wenn es ohne Furcht vor der Entente, aber auch ohne Rücksicht auf die Schreier von rechts und links, seine Pflicht tut, eine unerwartete Möglichkeit, den geschändeten Namen der Deutschen, ja den prostituierten Begriff der Gerechtigkeit wieder zu Ehren zu bringen und ein würdiges Beispiel jenem Areopag der Welt, jenem von Parteilichkeit unbeirrbaren Gerichtshof der Völker zu werden, den, wie man sagt, die Gesellschaft der Nationen errichten wird.

Inzwischen freilich haben wir Zeit, mit Zweifel und Schauder die langen Listen zu lesen, in denen die Entente nicht ihre Anklagen gegen deutsche Staatsmänner, Offiziere, Soldaten, sondern gegen das Deutschtum selbst zusammengestellt hat. Wir prüfen nicht nach, was wahr daran ist, wir wenden uns von dem Versuch ab, ein Volk für alle Zeiten verächtlich zu machen, aber wir wissen, daß immerhin auch deutscherseits in den Jahren 1914—1918 Abscheuliches geschehen ist und daß dies Abscheuliche seine Sühne finden muß. Deutschland bereitet leider zu spät eine ähnliche Liste der Verbrechen von Vertretern der Siegerstaaten vor. Auch dort werden wir von Mord, Plünderung, Raub, Diebstahl, Erpressung, Vergewaltigung, schamloser Niedertracht von Ärzten, unmenschlicher, völkerrechtswidriger Politik, unerhörten Befehlen lesen. Wahr oder nicht wahr? Wir haben auch hier nicht zu untersuchen. Aber wir wissen, daß auch diese Liste Ungeheuerliches verkünden und daß vieles davon unwiderlegbar sein wird.

Hoffen wir, daß die Sieger ihren Kriegsverbrechern gegenüber dieselbe Gerechtigkeit werden walten lassen, die sie von den Besiegten fordern. Das würde den Weg, der uns von dem hehren Tempel der wahren Weltgerechtigkeit trennt, beträchtlicher kürzen, als alle Reden, Noten, Ideologien zusammen. Ein neues Gesetz wäre aufgestellt, ein neuer Grundsatz des Rechtes der zivilisierten Nationen, den von Barbarei zu brechen vermöchte, daß weder Souveränität, noch Macht, weder Rang noch außerordentliche Umstände wie Krieg oder Wirren von der persönlichen Haftung für Verbrechen gegen Völker und Einzelne befreien. Dann wäre der Weg frei für den Gerichtshof, der die Hoffnung aller Unterdrückten, aller Geknechteten und Gepeinigten wäre, der keinen Unterschied zwischen stark und schwach, sondern nur zwischen Schuld und Unschuld kennen würde.

Freilich muß, damit dies hohe Tribunal wirklich seiner Aufgabe gerecht werden könnte, alle Menschen guten Willens der starke Wunsch beseelen, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Nun wohl, ihr kleinen, unsagbar leidenden Völker, wo sind e u r e Listen? — Die Armeniermetzeleien dauern nach all den Schandtaten der letzten Kriegsjahre weiter fort. Wo ist die Aufzählung der Schuldigen, jener Mörder und Räuber, vom Pascha bis zum letzten anatolischen Askari?

Wo, vor allen Dingen, ist die Liste des jüdischen Volkes, die beginnen müßte mit

1. Denikin, General. Gab Befehle, die zu Mord Zehntausender, zu Plünderung, Vergewaltigung wehrloser Frauen, Raub, Erpressung, Diebstahl, zu Deportationen und Massensterben führten.
2. Haller, General. Desgleichen.
3. Friedrich, Kriegsminister. Gab Befehle, die zur Plünderung, Vergewaltigung, Erpressung usw. führten.
4. . . . .
5. . . . . und ins Unendliche weiter, bis zu den wirklichen Mördern und Banditen, dem Abschaum der Menschheit, der auf die Juden losgelassen wurde, oder etwa jener Leute, die Aufhetzung zu Pogromen, Aufreizung zur Bewaffnung gegen Juden, Verleumdung, Lüge usw. sich zur Lebensaufgabe setzen.

Wo bleibt diese Liste, die tausend und tausend Namen enthalten würde, die von den jüdischen Zeitungen, von der anständigen Presse aller Länder veröffentlicht, von den jüdischen Delegationen in Paris, der offiziellen Vertretung des jüdischen Volkes, dem Gerichtshofe des Völkerbundes vorgelegt, die allen Machthabern so lange in die tauben Ohren geschrieen werden müßte, bis sie zu hören gelernt hätten?!

Ob wir berechtigt wären, eine derartige Liste aufzustellen? Fragt unsere Geschichte! — Herr Dr. Paul Nathan bringt im „Berliner Tageblatt" soeben wieder neue Mitteilungen über die Lage in Südrußland. Man lese und erwäge all das Furchtbare, das die wenigen Zeilen enthalten, die wir hier zum Abdruck bringen möchten. . . .

„Es gibt," so schreibt er, „einen Lichtblick in der schreckenvollen Tragödie, die sich in Südrußland abgespielt hat. Entsprechend seinen großen und schönen Aufgaben liegt dort die Hilfstätigkeit jetzt in den Händen des Roten Kreuzes. In meinem Besitz befindet sich ein Schriftstück, das die Überschrift trägt: „Kurze Übersicht über die Tätigkeit des Hilfskomitees vom Roten Kreuz für die von den Pogromen Geschädigten in der Ukraine." Schon die Tatsache, daß das Rote Kreuz die Hilfstätigkeit in die Hand genommen hat, beweist eines. Es muß das Unglück ein so furchtbares, ein so überwältigendes gewesen sein, daß die Juden allein es zu beschwören nicht vermochten. Die große internationale Organisation des Roten Kreuzes, eine jener Schöpfungen, die den Glauben an das Solidaritätsgefühl der Menschheit aufrechterhalten, sah sich veranlaßt, diesem Riesenunglück gegenüber einzugreifen.

Das Rote Kreuz hat für jeden Bezirk einen christlichen Delegierten ernannt, um die Hilfe zu organisieren, und es gibt nach den letzten Nachrichten, die ich erhalten habe, elf solcher Bezirke. Unter dem christlichen Bezirksbevollmächtigten arbeitet ein Jude, der unmittelbar mit der jüdischen Bevölkerung in Verbindung zu treten hat, um die praktische soziale Arbeit in Gang zu bringen und zu überwachen. Eine der Hauptaufgaben des christlichen Delegierten besteht darin, auf die christliche Bevölkerung einzuwirken, um neuen Judenmetzeleien vorzubeugen.

Wenn man bedenkt, daß seit Oktober 1918 Südrußland mit kurzen Unterbrechungen von solchen Metzeleien und Plünderungen heimgesucht worden ist, so kann man auch ohne Detailmalerei sich vorstellen, welch unzählige Tragödien und Qualen sich in diesen weiten Gebieten abgespielt haben.

In der erwähnten kurzen Übersicht heißt es:

„Während die Pogrome der ersten Periode — seit Oktober 1918 — hauptsächlich auf Plünderung des Eigentums gerichtet waren, war die nächste Welle wie ein gewaltiger Orkan, welcher kleinere und größere Städte mit jüdischen Bewohnern vollkommen hinwegraffte."

Und eine andere Stelle des Berichtes lautet:

„Die jüdische Bevölkerung in der überwiegenden Mehrzahl der kleineren und größeren Städte, in den Gouvernements Wolhynien, Podolien, Kiew und Teilen von Cherson verlor all ihr Hab und Gut: Kleidung, Schuhe, Wäsche und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Aus den Geschäften und auch bei den Hökern wurden alle Waren weggenommen. Die Handwerker sind all ihrer Maschinen und Werkzeuge beraubt; die Produktion ist zerstört. Die von Pogromen heimgesuchte Bevölkerung erlag außer der allgemeinen seelischen Depression dem Einfluß epidemischer Krankheiten."

Der „Lichtblick," die Hilfe des Roten Kreuzes, vermag gewiß nicht die Nacht all des Jammers zu erhellen, die auf jenen dreimal unglücklichen Menschen lastet. Gewiß sind sie dankbar für jede Hilfe, gewiß freuen wir uns, daß die allmenschliche Solidarität auch die christliche Caritas auf das Schlachtfeld der Pogrome führt. Aber mehr als hilfreiche Güte, wichtiger als Mitleid ist uns Gerechtigkeit! Wir sind nicht weniger als andere, Mächtigere, wir fordern Gerechtigkeit!

Droht man uns mit Gegenlisten? Man stelle sie auf! Auch der Jude, der sich schuldig machte, soll sühnen! Wer aber ist nicht mit uns überzeugt, daß die abscheulichsten Verfehlungen, daß Mord, Plünderung, Vernichtung ganzer Völker kaum zu den Verbrechen gehören werden, die man Juden im Ernst wird vorwerfen können.

Oder wo sollte es Juden geben, gegen die eine ähnliche Anklage gerichtet werden könnte, wie gegen den berüchtigten General Denikin, von dem Dr. Paul Nathan in dem oben erwähnten Aufsatz schreibt:

„General Denikin hat die Judenmetzelei in ein staatlich-bürokratisches System zu bringen gewußt. Er setzte Militärgerichte ein, um jene abzuurteilen, die angeblich oder tatsächlich den Bolschewisten Vorschub geleistet hatten. Diese Gerichte haben in 76 Tagen, nämlich vom 1. August bis zum 15. Oktober 1919, 87 Prozent Juden und 13 Prozent Christen abgeurteilt nach den Verzeichnissen in meiner Hand. Ohne Ausnahme wurden die 87 Prozent Juden zum Tode verurteilt. Unter den Christen, die 13 Prozent darstellten, wurden 2,6 Prozent dem Tode überliefert; beredte Zahlen, um den Charakter Denikinscher Politik klar zu beurteilen."

Es dürfte keine Anklageliste geben, die so unbarmherzig wahr und unwiderlegbar sein würde wie die jüdische. Wie es kein Volk gibt, das so unbarmherzig bedrückt wurde, das so hat leiden müssen wie das unsere.

Wir schlagen vor, daß die dazu berufenen Organisationen sofort daran gehen, eine solche Liste aufzustellen. Wir fordern, daß die jüdischen Delegierten sie zur Kenntnis der Welt und der Instanzen bringen, die zur Wahrung der Weltgerechtigkeit berufen sein werden.

Wir fordern keine Auslieferung, wir verlangen keine Garantien für den Rechtsgang und die Gerechtigkeit des Urteils. Wir geben unsere Sache in die Hände aller anständigen Menschen. Wir glauben, daß es nicht nur für die Mächtigen, daß es auch für uns gerechte Richter auf Erden geben wird. G—.

Die Sitzung des Großen Aktionskomitees

Wie uns gemeldet wird, fand die Eröffnungssitzung am Dienstag, den 11. Februar, im Konferenzsaal des Zionistischen Zentralbüros in London statt. Anwesend waren außer den Mitgliedern des Engeren Aktionskomitees, die Herren Prof. Warburg, Prof. Chajim Weizmann, Nahum Sokolow, Dr. Lewin, Dr. Jakobsohn, Dr. Hantke, die Herren Dr. Bodenheimer, Jean Fischer, Dr. Friedemann, Boris Goldberg, Idelsohn, Jacobus, Kann, Dr. Klee, Dr. Marmorek, Leo Motzkin, J. A. Naiditsch, Abraham Podlischewski, J. A. Rosoff, Dr. Schönfeld, außerdem Dr. Nordau, Dr. Feiwel, Dr. Katzenelson, Josef Cowen, De Lieme. Erwartet wurden weiter die Herren Julius Simon, Ingenieur Stricker, Dr. Reich und Kremenetzki, Dr. Ruppin, Dr. Georg Halpern und Adolf Böhm.

Als Vertreter solcher Landsmannschaften, die ihre Informationen nicht von einem Mitglied des A. C. erhalten können, waren erschienen: Dr. Bernstein-Kogan für die Zionistische Organisation Bessarabiens, die Herren Josua Caleb und Avramoff für Bulgarien, Herr Chicouri für Ägypten, die Herren Dr. Daiches, Rev. Goldbloom, Mr. Paul Goodmann, Israel Cohen, Shire (im Turnus) für die English Zionist Federation, Herr Florentin für Griechenland, die Herren Sprinzak und Kaplan für den Hapoel-Hazair und Zeire-Zion, Herr Marx und Herr Sacher für den Order of Ancient Maccabeans, Mr. A. M. Abrahams für Südafrika,

Dr. Israel Caleb und Dr. Israel Auerbach für die Türkei, Dr. Alexander Goldstein für die Ukraine. Für die nächste Sitzung sind zu erwarten die Herren Dr. Epstein für Argentinien, Dr. Diamant für die Bukowina, Dr. Ornstein für Holland, Dr. Isaak Jaffa für Lettland, Ing. Kanner für Rumänien, Herr Isaak Feuerring für Skandinavien, Dr. Hugo Herrmann für die Tschechoslowakei und Dr. Osias Thon für Westgalizien. Ferner sind zur Sitzung zugezogen die Sekretäre des Actions-Comités, der Redakteur des offiziellen Organs der English Zionist Federation, Herr Leon Simon, Herr Leonhard Stein, der soeben aus Palästina eingetroffen ist.

Bedauerlich war, daß wegen der großen zionistischen Aktionen, die augenblicklich in Amerika stattfinden, sowie infolge der Reiseschwierigkeiten kein Mitglied der so besonders bedeutenden amerikanischen Landsmannschaften anwesend sein konnte.

Nach Eröffnung der Sitzung, die in feierlicher Weise durch Herrn Sokolow mit einer hebräischen Ansprache stattfand und nach Verlesung der Begrüßungstelegramme, unter denen ein recht optimistisches Ussischkins aus Jerusalem hervorzuheben ist, nahm Herr Dr. Weizmann das Wort zu einem politischen Bericht. Er stellte fest, daß in der allernächsten Zeit mit der Erteilung des Mandats zu rechnen ist, dessen Präzisierung das Ergebnis eingehender während der letzten Jahre ununterbrochen gepflogener Beratungen und Verhandlungen mit allen zionistischen Organisationen und Repräsentanten ist, welche zur Arbeit herangezogen werden konnten, aber auch das Ergebnis eingehender Verhandlungen mit den Vertretern der englischen Regierung, welche sich mit dem vorliegenden Mandatsentwurf einverstanden erklärt haben. Die wichtigste Frage, deren Erledigung noch in der Schwebe ist, ist die Frage der Grenzen. Über diese Frage sind vonseiten der Zionistischen Organisation Verhandlungen mit allen in Betracht kommenden Regierungen gepflogen worden, und es steht zu hoffen, daß das Resultat den Lebensnotwendigkeiten des Jüdischen Nationalheims und einer gesunden ökonomischen Entwicklung des Landes entsprechen wird. Hierauf berichtete Herr Dr. Weizmann über die Lage in Palästina und betonte insbesondere, daß die wider alles Erwarten ausgedehnte Übergangszeit infolge der mit dem System der Okkupation verbundenen Folgen zu einer außerordentlich schwierigen ökonomischen Situation geführt hat. Es ist aber in der letzten Zeit gelungen, die Administration in Palästina zur Annahme bestimmter Pläne zu gewinnen, welche schon jetzt, also vor der endgültigen Regelung der politischen Fragen, die Inangriffnahme eines ausgedehnten Wiederaufbauwerkes gestatten. Dadurch wird dem bisherigen unbefriedigenden Zustand ein Ende bereitet. Ein anderes Zeichen für die Wendung zum Besseren, die in dem Stagnierungsprozeß eingetreten ist, ist die Mission Herbert Samuels, deren große Bedeutung Herr Dr. Weizmann ausführt. An diese Darlegungen schließt Dr. Weizmann die Bitte, den Dank des A. C. der zionistischen Federation in Amerika und ihrem Vorsitzenden, Herrn Justice Brandeis, übermitteln zu dürfen. Amerika habe während der politischen und ökonomischen Krise die zionistische Organisation aufrecht erhalten und decke noch jetzt 80 Prozent der Ausgaben der Gesamtorganisation speziell in Palästina. Sodann weist Dr. Weizmann darauf hin, daß es notwendig ist, um die großen Arbeiten in Angriff zu nehmen, welche die neue Periode der Arbeit einleiten sollen, die Organisierung der Arbeit des Jüdischen Nationalfonds und der Bankinstitute der Organisation in die richtigen Wege zu leiten. Herr Dr. Weizmann schließt seinen Bericht mit dem Wunsch einer gedeihlichen Arbeit. Er habe nichts einzuwenden gegen eine eingehende und scharfe Kritik, doch müsse sie ihre Forderungen in ein richtiges Verhältnis zu den gegebenen Möglichkeiten setzen.

Hierauf berichtet Herr Sokolow speziell über das Verhältnis der Zionistischen Organisation zur französischen Regierung. Mit Rücksicht auf den letzten Regierungswechsel in Frankreich war es notwendig, mit den Vertretern der jetzigen französischen Regierung in Verbindung zu treten, um sie so genau als möglich über die zionistische Frage zu informieren und auch ihre Unterstützung zu sichern. Herr Sokolow hat kurz vor seiner Abreise nach London eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten, Monsieur Millerand gehabt, ebenso wie vor kurzer Zeit mit dem französischen Senatspräsidenten Leon Bourgeois, dem Vertreter Frankreichs in der League of Nations. Er habe die erfreuliche Überzeugung aus seinen Unterhaltungen gewonnen, daß die neue französische Regierung an der Deklaration entschieden festhalte. Herr Sokolow berichtete hierauf im allgemeinen über die Art der Beziehungen zu den verschiedenen Regierungen und spricht die Überzeugung aus, daß die Völker die zionistische Frage nur im Rahmen der jüdischen Frage überhaupt betrachten, nicht isoliert als eine palästinensische Frage.

Hierauf wird nachstehende vom Engeren Actions-Comité vorgelegte Tagesordnung genehmigt:

Zunächst soll den bisher erstatteten Berichten der Herren Dr. Weizmann und Sokolow eine allgemeine Aussprache folgen. Hierauf sollen drei Referate über Palästina-Kolonisation und die damit zusammenhängenden Finanzpläne erstattet werden. Die drei Referenten sind die Herren Julius Simon, Dr. Ruppin und Herr Boris Goldberg. Ein Tag ist dem Bericht über die Finanzen, d. h. einem Bericht über die finanzielle Situation und über die Pläne betreffs der Finanzinstitute gewidmet. Hierauf soll in die Beratung des Arbeitsgebietes der Erziehung eingetreten werden. Herr Dr. Lewin wird ein allgemeines Referat, Herr Dr. Weizmann Spezialreferate über Universität und Technik erstatten. Hieran sollen sich Referate von Herrn Podlischewski über Kulturarbeiten in Polen, Herrn Böhm über Kulturarbeit in Österreich schließen. Das Referat über Organisation wird Herr Dr. Hantke halten; das Referat über die Finanzen der Organisation Herr Goldberg. Ein besonderer Bericht ist für die Vertreter der Zionistischen Organisation im Comité des Delegations Juives vorgesehen; Herr Motzkin wird in diesem Zusammenhang über die Frage der Diaspora-Arbeit referieren. Schließlich wird Herr de Lieme ein Referat über den Jüdischen Nationalfonds halten.

Nach einigen technischen Beratungen wird die Sitzung geschlossen. Wir werden über den Verlauf der vom allgemein-jüdischen Standpunkt hochbedeutsamen Tagung weiter berichten.

* * *

Der Völkerbund übernimmt den Minoritätenschutz

Wie der „Telegraaf" meldet, referierte in der Sitzung des Völkerbundrates vom 14. Februar der japanische Vertreter über den Schutz der Rassen-, Sprach- und Glaubensminoritäten in Polen. Es wurde beschlossen, diese Minoritäten dem Schutz des Völkerbundes zu unterstellen.

Diese Nachricht ist dahin zu verstehen, daß der Völkerbund die ihm im Vertrag mit Polen übertragene Aufgabe des Schutzes der Minoritäten nunmehr übernommen hat. Wir hoffen, daß dieser Schutz sich wirklich kräftig bemerkbar machen wird. — Wir verweisen in diesem Zusammenhange übrigens besonders auf die Vorschläge unseres Leitaufsatzes, die, wenn der Völkerbund sein Mandat ernst nimmt, von besonderer Bedeutung sein könnten.

Kundgebungen der Misrachijugend zu den Amsterdamer Beschlüssen

Am 8. Februar fand eine Mitgliederversammlung der Misrachi-Jugendgemeinschaft Berlin statt. Gegenstand der Tagesordnung waren die auf der Amsterdamer Misrachi-Konferenz gefaßten Beschlüsse. Die Versammlung nahm nach reger Aussprache folgende Resolutionen an:

1. Die soziale Gerechtigkeit ist, wie Gerechtigkeit überhaupt, eine Grundforderung der göttlichen Lehre. Es kann daher nicht genügen, ihre Forderung beim Aufbau Palästinas zu „berücksichtigen"; vielmehr muß die soziale Gerechtigkeit auf jedem Gebiet, d. h. mit bezug auf den Boden in Stadt und Land („Nationalisierung"), auf Bodenschätze, Wälder, Handel und Industrie und auf Gesundheitsschutz durchgesetzt werden.

2. Die Daseinspflicht des Misrachi beruht auf der bewußten Verantwortung eines jeden Juden der jüdischen Gesamtheit gegenüber.

Deshalb fordern wir, daß bei der Einrichtung des neuen Schulwesens in Palästina bei voller Wahrung des persönlichen, im besonderen religiösen Standpunktes, doch durch gemeinschaftliche Arbeit aller die Möglichkeit gegenseitiger Beeinflussung, von der die Neubelebung des geeinten jüdischen Volkes abhängt, gewährleistet bleibt.

Die Resolutionen wurden dem Zentralkomitee des Misrachi in London und Berlin übersandt.

*

Aus Frankfurt wird uns berichtet:

In der Misrachi-Orts- und Jugendgruppe gab Herr Dr. J. Rabin einen Bericht über die Amsterdamer Konferenz. Neben vielem Erfreulichen mußte er vor allem über den bedauerlichen, den bisherigen Traditionen des Misrachi zuwiderlaufenden Geist der Trennung berichten, der besonders in dem Ultimatum, das in betreff der Schulfrage an die zionistische Leitung gerichtet wurde, zum Ausdruck kam. Nach längerer Diskussion, in der zum Teil die Beschlüsse noch schärfer angegriffen wurden als seitens des Referenten, in der aber auch von einem Redner der entgegengesetzte Standpunkt vertreten wurde, wurde mit großer Majorität folgende Resolution beschlossen, die an die Londoner Misrachi-Leitung gedrahtet wurde:

„Misrachi Frankfurt mißbilligt das Amsterdamer Ultimatum, da die darin enthaltene Gefahr für die Volkseinheit den wesentlichsten Misrachiprinzipien widerspricht. Sie fordert die jüdische Einheitsschule und Aufschub der Entscheidung bis zum Beschluß des demokratisch gewählten Misrachi-Weltkongresses. Sie fordert Bekanntgabe dieses Telegramms an A. C."

Verwaltungsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde München

Der Verwaltungsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde München für die Jahre 1918 und 1919 gedenkt in erster Reihe der Opfer, welche der Weltkrieg auch von unserer Gemeinde gefordert hat. Über 150 Söhne unserer Stadt fielen in Erfüllung ihrer Pflicht. Der mit Beginn des Krieges ins Leben gerufene „Hilfsfonds" stellte im Laufe des vergangenen Jahres seine Tätigkeit ein; über eine Viertelmillion Mark konnte diesem Zwecke dienstbar gemacht werden. Der Bericht sagt betreffs des derzeit überhand nehmenden Antisemitismus folgendes:

„Die Verwaltung ist den antisemitischen Umtrieben gegenüber nicht untätig geblieben. In ernsten Vorstellungen haben wir an maßgebender Stelle auf die schweren Folgen hingewiesen, welche aus dieser maßlosen, auch vor gesetzwidrigen Mitteln nicht zurückschreckenden Bewegung erwachsen können. Unsere Vorstellungen blieben nicht unbeachtet." (Trotzdem tobt der Antisemitismus in gemeinster Weise weiter. D. Berichterstatter.)

Dem Auf- und Ausbau im Innern des Gemeindelebens sind folgende Zeilen gewidmet:

„Mit Aufmerksamkeit verfolgen wir die jüdische Jugendbewegung. Ebenso finden die neugegründeten Volkslehrkurse unser besonderes Interesse."

(Worin besteht nun die „Aufmerksamkeit"? Was geschieht zur Gründung einer Lesehalle, die doch in allen Großgemeinden zu finden ist? Warum unterstützt man nicht den „Jüdischen Turnverein" usw.? D. B.)

Der Bericht bespricht die Tätigkeit der Verwaltung und die Anfangs 1919 erfolgten Neuwahlen. Der verstärkte Verwaltungsausschuß, der die Revision des Gemeindestatuts in die Wege leiten soll, hat bereits einige Sitzungen abgehalten. (Wenn in diesem Tempo weiter gearbeitet wird, könnte die Revision wohl in einigen Jahren zur Durchführung gelangen. D. B.)

In ehrender Weise wird des verstorbenen Rabbiners Prof. Dr. Werner und des langjährigen Sekretärs Guggenheim gedacht. Dem 70. Geburtstag Herrn Dr. Ehrentreus, sowie der 20jähr. Tätigkeit im Dienste der Gemeinde der Herren Lehrer Maier und Hauptlehrer Friedmann, hat die Verwaltung gebührend Rechnung getragen. Die Zahl der Gemeindemitglieder betrug Ende 1919 2754, gegen Beginn des Jahres 1918 kaum verändert. Die Finanzen zeigen sich befriedigend. Die Kultusbeiträge 1919 beliefen sich auf 183 386 Mark gegen 150 358 Mark im Jahre 1918. Diesen steht eine ganz bedeutende Steigerung der Ausgaben gegenüber. 1918 betrugen solche 243 000 Mark, 1919 etwa 252 000 Mark, während im Etat für 1920 mit 292 000 Mark zu rechnen sein dürfte.

Da der Bericht auch auf die Details eingeht, sei erwähnt, daß 1918 : 63 und 1919 : 47 Knaben die Bar Mizwahfeier begingen.

Bei der Besprechung des Religionsunterrichtes lesen wir:

Im Schuljahr 1918/19 betrug die Zahl der israe-

litischen Volksschüler insgesamt 692 (im Vorjahre 747). Eingeschrieben wurden 339 Knaben (im Vorjahre 367) und 353 Mädchen (im Vorjahre 380). An den Fortbildungsschulen wurden angemeldet 50 Knaben (im Vorjahre 46) und 39 Mädchen (im Vorjahre 51). Hiernach ist gegenüber dem Vorjahre eine Minderung der Schülerzahl von 844 auf 781 eingetreten. Im Schuljahr 1919/20 hat sich ein weiterer Rückgang ergeben. Die Zahl der Volkshauptschüler beträgt 623 und zwar 313 Knaben und 310 Mädchen, die der Fortbildungsschüler 40 Knaben und 39 Mädchen, insgesamt also 702.

Die Mittelschulen wurden im erstgenannten Schuljahre von 470 Knaben und 361 Mädchen, im ganzen also von 381 Schülern besucht; im laufenden Schuljahr sind die entsprechenden Zahlen 453 und 327, bezw. 780, Volks- und Mittelschüler zusammengerechnet ergeben für 1918/19 1612, für 1919/20 nur noch 1482 Schüler.

Der Rückgang ist hauptsächlich auf den Austritt derjenigen Schüler zurückzuführen, deren Erziehungsberechtigte dem Verein „Ohel Jakob, Isr. Religionsgesellschaft" angehören.

Mit vorgenanntem Verein wurde zufolge Verwaltungsbeschluß vom 20. März 1919 die Vereinbarung getroffen, daß die Verwaltung der Volksschulbehörde gegenüber in jederzeit widerruflicher Weise den vom Verein „Ohel Jakob" eingerichteten Religionsunterricht wie einen von den gemeindlichen Lehrkräften erteilten anerkennt.

Auf Ansuchen der Verwaltung wurden die Lehrbücher für den israelitischen Religionsunterricht in den Volkshaupt- und Fortbildungsschulen in das Verzeichnis der vom Stadtrat unentgeltlich abzugebenden Lernmittel aufgenommen.

(Über die Bestrebungen, eine jüdische Volksschule zu begründen, enthält der Bericht kaum Andeutung. D. B.)

Die Gemeindebibliothek erhielt durch die Überlassung der Bibliothek des sel. Rabbiner Dr. Werner eine erhebliche Bereicherung.

(Hier wäre ja der Grundstein zu einer Lesehalle und großzügig angelegten Bibliothek.)

In der israelitischen Abteilung des städtischen Krankenhauses München-Schwabing wurden 135 Kranke aufgenommen, im Jahre 1919 90. Die segensreiche Tätigkeit der Krankenfürsorge israelit. Vereine, welche die Kosten der Aufnahme teilweise bestreiten, muß hier besonders hervorgehoben werden.

Beim Kapitel Friedhofwesen wird berichtet, daß 1918 sich 196 Sterbefälle (1917: 177) und zwar 186 Erwachsene und 16 Kinder, ereigneten. Im Jahre 1919 betrug die Zahl 178 und zwar 169 Erwachsene und 9 Kinder.

Die Zahl der unter der Verwaltung stehenden Stiftungen und Fonds ist bis Ende 1919 auf 222 gestiegen; im abgelaufenen Jahre wurden 24 neue errichtet.

Die Wohltätigkeitskasse der Gemeinde erzielte an 60 000 Mark, aus welchen Wohnungsmietzinsen und sonstige Unterstützungen gewährt wurden.

Die Waisenstiftung weist ein Vermögen von 600 00 Mark auf; an 71 Kinder wurden Erziehungsbeiträge im Betrage von 16 000 Mark gewährt.

Die der Gemeinde unterstellte Rittersche Stiftung der rituellen Speiseanstalt verabreichte 52 355 Mahlzeiten; hiervon wurden 23 000 unentgeltlich abgegeben, der Rest zu Preisen von 25 bis 90 Pfg. per Mahlzeit. F.

Aus der jüdischen Welt

Palästina.

Herbert Samuels Ankunft. Am 20. Januar ist Herbert Samuel in Alexandrien eingetroffen, wo er von Ussischkin, Siw und Baron Monash empfangen wurde.

Am 21. Januar ist Samuel von Alexandrien nach Cairo weitergereist.

Jerusalem, den 7. Februar 1920. Herbert Samuel ist in Jerusalem eingetroffen. Die englische Presse Palästinas heißt ihn herzlich willkommen. So schreibt „Jerusalem News": „Samuel wird für die Behörden eine große Stütze in der Vorbereitung einer definitiven palästinensischen Finanzpolitik sein."

Der Wiederaufbau. Am Chamischah assar b'schwat, dem Neujahrsfest der Bäume, fand ein großes Fest statt. In Mozah, nahe der Herzlzypresse, wurden zahlreiche neue Bäume gepflanzt. 3000 Jerusalemer Kinder pflanzten an diesem Tage 500 Bäume. Den Festlichkeiten wohnten Herbert Samuel und Ussischkin, von den britischen Behörden General Bols und Oberst Storres bei.

Legalisierung der Gemeinde-Verfassung in Jerusalem. Die Statuten der Jerusalemer Gemeinde sind nunmehr von den Behörden legalisiert worden. Die Gemeinde hat das Recht bekommen, religiöse, philanthropische, soziale und kulturelle Institutionen zu gründen und zu unterhalten. Sie ist durch ihren Präsidenten im Jerusalemer Stadtrat vertreten. Zeugnisse der jüdischen Gemeindeschulen sind wie Zeugnisse von Staatsschulen anzusehen. Diejenigen Juden, die am Sabbath nicht arbeiten, sind nicht gezwungen, den Sonntag oder andere Feiertage zu halten. Die religiöse Autorität der Rabbiner bleibt in allen religiösen Angelegenheiten, sowie in den Fragen der Eheschließung und der Ehescheidung erhalten. Die Gemeinde ist berechtigt, Steuern zu erheben und ihre Bücher in hebräischer oder spaniolischer Sprache zu führen. Die Schulen der Gemeinde und ihre philanthropischen Institutionen sind nicht abgabepflichtig. Der Staat zahlt der Gemeinde für ihre kulturellen, philanthropischen und sozialen Institutionen einen Beitrag.

Es ist zu hoffen, daß die Durchführung dieser freiheitlichen Verfassung für Jerusalem der Beginn eines großen Aufschwungs sein wird.

Neue Verkehrsmittel. Zwischen Jerusalem, Jaffa, Sichem, Hebron und Jericho verkehrt von jetzt an zweimal täglich ein Motoromnibus. Seit dem 6. September verkehrt auch einmal täglich ein Motoromnibus zwischen Jaffa und Beiruth. Er legt diese Strecke in 8 Stunden zurück; früher brauchte man auf dem Seeweg 15, auf dem Landweg 48 Stunden für diese Strecke. Auch die Eisenbahnverbindungen sind besser geworden. Täglich verkehrt ein Expreßzug zwischen Kairo, Alexandrien, Jerusalem, Jaffa und Haifa. Diese Wagen führen Schlaf- und Speisewagen. Die Preise sind sowohl für Personen wie für Güter erheblich zurückgegangen. Den Küstenverkehr vermitteln vier europäische Linien.

Die Unruben in Metullah. Das Londoner Zionistische Büro veröffentlicht folgende Einzelheiten aus Flüchtlingsbriefen über die obergaliläischen Unruhen: Am Mittwoch, den 31. Dez. griffen die Beduinen Hamarah an; die dort arbeitende Genossenschaft verließ den Ort und kam

nach Metullah. Am nächsten Tag kam es zu einem Gefecht im Südwesten von Tel Hai zwischen Franzosen und Beduinen. Die französische Munition war aber bald erschöpft, und als die ersten französischen Flüchtlinge nach Metullah kamen, brach dort eine Panik aus und alles versuchte, in das benachbarte Gedadah zu fliehen. Sie fanden aber den Weg durch Drusen besetzt. Darauf kehrten einzelne, da das Feuer nachgelassen hatte, nach Metullah zurück, wo sie bleiben mußten, da der Ort von Beduinen und Drusen eingeschlossen wurde. Die anderen Flüchtlinge begaben sich nach Nabatea, wo sie notdürftig untergebracht wurden. Von dort aus fuhren sie großenteils nach Sidon und Akko, wo sie einer strengen Prüfung in der arabischen Sprache unterzogen wurden, um festzustellen, ob sie neue Einwanderer seien. Ein Teil von ihnen sollte zurückgeschickt werden, es kam aber ein Befehl aus Haifa, sie dort zu belassen.

Wie die neuesten Telegramme melden, ist die Ordnung im Distrikt wiederhergestellt und die Flüchlinge sind nach Metullah zurückgekehrt.

Deutschland.

Antisemitische Heldentaten und „Fränkischer Kurier". Am 20. Februar abends wollte der Bund „Neues Vaterland" in Charlottenburg eine Versammlung veranstalten, in der Exzellenz v. Gerlach über die Auslieferungsfrage sprechen wollte. Unter den Zuhörern befanden sich eine große Anzahl ehemaliger Baltikumkämpfer, Offiziere in Zivil, Studenten und aus der Gefangenschaft zurückgekehrte Soldaten. Kaum war die Versammlung durch den Vorsitzenden eröffnet, so setzte ein unglaublicher Lärm ein. Die Soldaten, die zum Teil mit Revolver nund Seitengewehren bewaffnet waren, stürzten sich auf die Tribüne. Ein Soldat hielt eine Ansprache, die in scharfen, persönlichen Angriffen gegen Gerlach gipfelte. Dann forderte er seine Soldaten auf, die im Saal befindlichen Juden hinauszuwerfen. Darauf stürzten sich die Soldaten und mehrere Zivilisten auf einzelne Zuhörer, verprügelten sie und verwundeten einige nicht unerheblich durch Schläge und Messerstiche. Herr v. Gerlach selbst wurde zu Boden geworfen und mit Fußtritten behandelt. Er wurde schwer verletzt in einer Droschke fortgeschafft. Die Mannschaften der Sicherheitspolizei kamen zu spät, um Ausschreitungen zu verhindern. Von der Polizei wurden die Namen von zehn Reichswehrsoldaten festgestellt. Der „Fränkische Kurier" bringt seinen Bericht über die Taten dieser antisemitischen Rowdies unter der Überschrift „Vaterländische Selbsthilfe"!

Polen.

Rabbiner Perlmutter legt sein Mandat nieder. Wie der „Kurjer Nowy" aus absolut verläßlicher Quelle erfahren will, bewahrheitete sich das Gerücht von der Mandatsniederlegung des Abgeordneten Rabbiner Perlmutter. Infolge der Entrüstung und der Erbitterung, die sein Auftreten im Reichstage letzthin erregt hat (bei der Abstimmung über das Staatsbürgergesetz stimmte Rabbiner Perlmutter gegen die jüdischen Abgeordneten), beschloß Rabbiner Perlmutter, dem Drucke einflußreicher Persönlichkeiten der Orthodoxie folgend, auf sein Abgeordnetenmandat zu verzichten und sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Rabbiner Perlmutter bemüht sich jetzt um einen Paß nach Palästina, wo er ständigen Aufenthalt zu nehmen beabsichtigt.

Lettland.

Antisemitismus in Lettland. Die Lage der Juden in Lettland verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die gesamte Beamtenschaft ist von wütendem Judenhaß erfüllt. Die lettischen Juden, die in der Kriegszeit schon so viel Schweres durchgemacht haben, sehen sich jetzt wieder in einer trostlosen Lage. Die augenblickliche, angeblich „demokratische" Regierung, die auf dem Papier für Gleichberechtigung eintritt, unterwirft die Juden einer derartigen Behandlung, wie sie selbst zur zaristischen Zeit nicht üblich war. Täglich kommt es vor, daß Juden aus Eisenbahnwaggons geworfen werden, mit der Begründung, daß für Juden kein Platz sei. Die Annahme, daß es sich dabei um Übergriffe einzelner Beamten handle, ist leider unrichtig.

Slowakei.

Die jüdische Partei in der Slowakei. In der „Preßburger Zeitung" vom 5. Februar veröffentlicht Oberrabbiner Samuel Reich, Vrbovec, einen Artikel unter dem Titel „Die jüdische Partei ein Staatsinteresse", worin er darauf hinweist, daß der einzige Weg, die Juden dem Parteikampf der Völker zu entziehen, dadurch antisemitische Exzesse zu verhüten und den würdigen Verlauf des Wahlkampfes zu sichern, die erfolgte Gründung der „Jüdischen Partei" sei. In unserer Republik, schreibt Reich, leben auch die Juden zerstreut unter den verschiedenen Nationalitäten. Überdies gibt es noch tiefgehende politische Differenzen, welche der Wahlkampf entscheiden soll. Die Wahlagitation wird mit ganzer Heftigkeit einsetzen. Die schon besänftigten Gemüter werden neuerdings in Erregung kommen. Jede Nationalität und jede Partei wird den politischen Anschluß der in ihrer Mitte lebenden Juden anstreben. Allen kann man nicht gerecht werden, so werden es die Juden mit der einen oder der anderen Klasse der Bürger verderben müssen. In einem Staate, wo Redefreiheit herrscht, kann die Volksverhetzung nicht ganz unterbunden werden. Manchen Ortes glimmt es noch unter der Asche und

die leiseste Anfachung der Volksleidenschaften könnte verhängnisvolle Folgen zeitigen. Die Umgehung dieser gefährlichen Reibungsflächen ist nur möglich, wenn sich die Juden als „Jüdische Partei" organisieren. Hiedurch wären sie vom Wahlkampfe der anderen Staatsbürger ganz ausgeschaltet und vor allen unliebsamen Eventualitäten geschützt. Minister Srobar hat in seiner denkwürdigen Kosciser Rede die Juden zu eigenen Parteibildung in loyalster Weise aufgefordert."

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Würzburg. Am Donnerstag, den 5. Februar, sprach Herr Redakteur Karl Glaser über das Thema „Das jüdische Palästina". Der Redner schilderte eingehend die politischen, geographischen, wirtschaftlichen, kulturellen Verhältnisse und Möglichkeiten. Er zeigte, daß Palästina Rettung und Aufgabe der bedrohten Diaspora bedeute und verlangte eifrige Mitarbeit auch der deutschen Juden. Eine Diskussion kam leider nicht zustande. Die Sammlungen für den Palästina-Aufbaufonds, die bereits einige Tausend Mark ergeben haben, werden weiter fortgesetzt werden.

Am Samstag, den 7. Februar hatte der Jüdische Wanderbund „Blau-Weiß" eine Jugendversammlung einberufen, auf der Karl Glaser über „Die Aufgaben der jüdischen Jugend" sprach. Alle Würzburger jüdischen Jugendorganisationen waren vollständig erschienen, Liberale, Neutrale, Orthodoxe. Karl Glaser erklärte, er wollte zur Jugend von der Jugend sprechen. Er verlangte, daß die jungen Menschen aller Richtungen über die Köpfe der Parteileute hinweg sich in jugendlichem Leben und in ethischer Aussprache treffen sollten. Er wies schließlich nach, daß der nationale Gedanke das eigentliche Bewegen der jüdischen Jugend sei, daß in ihm die revolutionierenden Elemente lägen, die geeignet seien das jammervolle Leben der heutigen Judenheit umzugestalten. — Die Diskussion war recht lebhaft und wandte sich mehrmals scharf gegen anwesende „ältere" Herren, die aus leicht erkennbaren Gründen sich an der Jugendbewegung beteiligten, in der sie nichts zu suchen hätten.

Das Ergebnis des Abends war die Gründung eines Sprechsaals, der der jüdischen Jugend aller Richtungen die Möglichkeit freier Aussprache geben soll. Man hofft sich die „Konjunkturpolitiker" der älteren Generation vom Leibe halten zu können.

Nach dem Vortrag waren junge Juden aller Organisationen noch lange im Heim des jüdischen Jugendbundes in freundschaftlicher Weise zusammen.

Salzburg. Auf Einladung des Jugendbundes Hatikwah (Salzburg) hatten sich zu einer Versammlung am 11. Februar mehrere Gäste aus München eingefunden. Der Leiter, Herr Rabbiner Dr. Altmann begrüßte die Erschienenen mit einigen warmen Worten, worauf Herr cand. med. dent. Heinrich Feuchtwanger (München) ein Referat über „Zionismus und seine Forderungen an die Jugend" hielt. In klaren Ausführungen begründete er an Hand der jüdischen Geschichte die Entwicklung des Zionismus und ging des weiteren auf die Pflichten der jüdischen Jugend ein. Er betonte die Wichtigkeit der Orientierung nach einem jüdischen Palästina, wies auf die Art und Bedeutung der Vorbereitung hiezu hin auf moralischem, geistigem und körperlichem Gebiet. Auf das anregende, etwa einstündige Referat folgte eine Diskussion, in der die Grundzüge einer national-jüdischen Jugenderziehung festgelegt wurden. — Besonders betont wurde auch der Wunsch, mit den Münchner Gesinnungsgenossen innigere Beziehungen anzuknüpfen. Man konnte ein recht erfreuliches Bild von dieser jüdischen Jugend mitnehmen, die trotz vieler Schwierigkeiten an unserer Sache begeistert teilnimmt.

Ausschuß der nationaljüdischen Jugend Münchens. Samstag, den 28. Februar abends 8 Uhr im K.J.V. Vortragsabend über die „Drei Reden" von Buber. Dienstag, den 9. März abends 7.30 Uhr im Hansa-Haus, Thierschstr., Purimfeier.

Jüdische Lehrkurse. Hebräisch-Anfängerkurs: Dienstag 7.30 Uhr, Sabelsche Handelsschule. Palästinakurs: Dienstag 8.30 Uhr Sabelsche Handelsschule. Geschichtskurs fällt wegen Purim aus.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Sonntag, den 29. Febr. 1. Zug: nach Vereinbar. 2. Zug: 9 Uhr Milbertshofen (Endl.) M. 1.50. 3. Zug: 8.30 Uhr Stachus (Billet n. Nymphenburg), 5. Zug: 8.30 Uhr Giesinger Bahnhof n. Deisenhofen. 1. Gruppe: 8 Uhr Ostfriedhof, Marsch n. Starnberg. M. 1.50—2.—. 2. Gr.: 9 Uhr Waldfriedhof M. 1.50. 3. Gr. Endp. d. L. 26, Thalkirchen, 1.—; 4. Gr.: 1.30 Uhr Ostfriedhof (Billet nach Grünwald) —.90.

Beschäftigungsabende für junge Jüdinnen werden in München vom Jüdischen Studentinnen-Verein „Kadimah" eingerichtet werden. Es soll möglichst schon schulentlassenen Mädchen regel-

mäßig wöchentlich Gelegenheit geboten werden in geselligem Beisammensein sich gegenseitig geistige Anregung zu geben und solche zu empfangen. Manuelle, nach Vereinbarung ev. gemeinschaftlich vorzunehmende Arbeiten werden den Rahmen der Abende bilden, die im übrigen in jüdisch-nationalem Sinne gedacht sind. — Anmeldungen sind umgehend zu richten an Helen Rieser, Ainmillerstr. 35/III (Tel. 33 714).

Spendenausweis

Münchner Spendenausweis.

Nationalfondsspenden: N. Nußbaum u. Frau grat. z. Hochzeit Tennenbaum-Erteschik 5.—; Fam. Holzmann desgl. 3.—; Fam. A. Strumpf desgl. u. z. Vermählg. Stiefelzieher-Wainschel 5.—.

Gold. Buch Hedwig Friedmann Nürnberg: Theodor Friedmann grat. s. l. Bruder Heinrich herzl. z. Geburtstag 3.—.

Gold. Buch Blau-Weiß München: Frau Paula Diamand verl. Wette gegen Frau Lina Goldfarb 5.—.

Gold. Buch Haschachar: Helene Reich grat. Selma Botie herzl. z. Verlobg. 3.—.

Gold. Buch Fritz Benjamin s. A. Willy Kohn u. Karl Leven grat. Dr. M. J. Gutmann z. Promotion 4.—; Karl Leven kondol. Änne Fleursheim, grat. Henny Niclas z. Physikum 3.—.

Halberstätter Ölbaumhain: Lina Strumpf dankt Ernst und Elly Baer, Halberstatt herzl. f. Gastfrdsch., grüßt Fanny Baer u. Flora u. Fanny Sänger 10.—.

Georg Orljansky s. A. Garten: Fam. Oskar Orljansky, Nürnbg., grat. z. Hochz. Mahler-Fleischer 3 B., desgl. z. 20jährigen Hochzeitsjubiläum v. Selig. Orljansky und Frau Dora 4 B,; Samuel Pmogar spricht Fam. Orljansky herzl. Dank f. erwiesene Gefälligkeiten aus 10 B.; ges. d. Siegfried Ziegler b. Verlobg. Sabina Ziegler-Metzger 5 B.; Fam. Simon Goldfarb grat. z. Verlobung Ziegler-Metzger u. spend. 2 B. 24 B. 240.—.

Moritz Krochmal-Rosa Blum Garten: ges. b. Verlobg. Krochmal-Blum 35 B. 350.—; Moritz Kohn u. Fr. grat. herzl. z. Verm. Rubin-Billig, Karlsruhe, Tennenbaum-Erteschik, Mchn. u. Stiefelzieher-Wainschel, Mchn. u. spend. 2 B. a. d. N. Moritz u. Regina Kohn 20.—.

Siegfr. Weil s. A. Mülhausen Garten: Die ehemalige 2. Gruppe d. Blau-Weiß grat. Medi Oppenheim herzl. u. pflanzt a. ihren Namen 1 B. 10.—.

Zionist. Ortsgruppe München: Ungenannt 300.—.

Gesamtausschuß d. Ostjuden: Fam. Rauchwerg grat. z. Vermählg. Mahler-Fleischer 3.—; Koral 200.—; S. Gutter u. Schwager 400.—; Fam. D. Horn grat. z. Vermählg. Tennenbaum-Erteschik 3.—; ges. b. Brith-Miloh Engelhard 160.—; Hochz. Brandris 74.—; Spende v. J. Rosner 10.—; Chary 10.—; J. Rosner 25.—; Margulies 10.—; Fleischer 10.—.

Bibliothek Bne Jehuda: J. Teitel u. Frau sagen z. Vermählg. Stiefelzieher-Wainschel herzl. Masel tof 10.—.

Bibliothek d. Tuschijah: Georg Mechlowicz grat. z. Hochzeit Tennenbaum-Erteschik u. z. Barmizwah Schuster 2.—; Christian Gottfried Peter Schulze grat. Frau Bambus z. Hochzeit 5.—; Fam. Hebenstreit grat. z. Vermählg. Tennenbaum-Erteschik 6.—.

Stuttgarter Spenden-Ausweis

Osk. Weinschel-Garten: Ges. b. Vortrag Jul. Berger a. dess. Nam. Osk. Weinschel 10 B. 100.—; J. Pilnik 5 B. 50.—; Rothschild 2 B. 20.—; J. Preßburger, Frl. Preßburger 2 B. 20.—; Js. Katz 1 B. 10.—; L. Rübenfeld 15.—; N. Goldstein 5.—; Kaiser, Friedrich, Ostrolenk, Salzberg, Teuchsler, M. Fußmann, Becker, N. N. je 5.—, 6 B. 60.—. 26 B. 260.—; Fam. Goldstein auf Nam. Osk. Weinschel Stuttgart, Frl. Hamburger, Fam. Guttmann, Frl. Hansi Friedmann Nbg. je 1 B. 40.—.

Nationalfonds: Th.-Spende M. Schüsselberg 80.—; Th.-Spende Abr. Berand 50.—; Th.-Spende El. Schüsselberg 10.—; Jer. Horn grat. z. Verlobg. Horn-Singer, Sommer-Buch, Hauflick-Flechter, z. Vermählg. Friedmann-Fuchs 10.—; M. Pariser u. Frau grat. z. Verlobg. Sommer-Buch, Horn-Singer z. Vermählg. Friedmann-Fuchs 6.—; Erlös f. Wertzeichen 40.—.

Palästia-Aufbaufonds: O. Weinschel 10 000.—; G. Katz 500.—; Friedrich 200.—; Rotschild 200.—; Schöfer 200.—; Schnebalg 300.—; Schlüsselburg 250.—; Rubenfeld 100.—; Bernstein 300.—; Akulewitz 200.—; Kuschlin 500.—; Goldstein 200.—; Pohoryles 200.—; Haspel 30.—; Fußmann 20.—; Schreiber B. 100.—; Novitarger 200.—; Freundl 50.—; Rimpel M. 50.—; Wechsler B. 300.—; Verein „Ezos Achim“ ges. durch Herrn Freundl 80.—; Einnahme bei Vortrag von Herrn Trietsch 305.—. Zus. 14 347.—.

Bekanntmachung.

Betreff:
Hugo und Otto Levinger'sche Gedächtnis-Stiftung.

Aus den Zinserträgnissen obiger Stiftung für das Jahr 1920 werden Beihilfen für die Vorbereitung zu einem Berufe, sowie zur Gründung einer selbständigen Existenz an jüdische Männer gewährt und zwar vorzugsweise an solche, die als Kriegsteilnehmer an ihrer Gesundheit Schaden erlitten haben oder durch den Krieg in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.

In erster Linie werden Bewerber bedacht, die ihren Wohnsitz in München haben und zwar ohne Rücksicht auf Geburtsort und Staatsangehörigkeit; in zweiter Linie solche aus dem übrigen Bayern und schließlich aus dem weiteren Deutschland. Gesuche mit entsprechenden Nachweisen versehen, sind bis spätestens **28. März lfd. Js.** bei der unterfertigten Verwaltung, Herzog Maxstraße 7/I, einzureichen.

München, 28. Februar 1920.

Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde.

Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.